

# GREEN NEW DEAL

---

## BAUSTEINE ZUM ÖKOLOGISCHEN UMBAU DER WIRTSCHAFT

Redaktion:

Arbeitsgruppe «ökologischer Umbau der Wirtschaft»,  
Andreas Kyriacou, Miriam Behrens, Hubert Zurkinden

Grüne Schweiz  
Waisenhausplatz 21  
3011 Bern  
Tel: +41 31 312 66 60  
[gruene@gruene.ch](mailto:gruene@gruene.ch) / [www.gruene.ch](http://www.gruene.ch)



# INHALTVERZEICHNIS

---

<b>I. EINLEITUNG</b> .....	3
1. Die Wirtschaft in der Krise.....	3
2. Die Grenzen des Wachstums.....	3
3. Der ökologische Fussabdruck.....	4
4. Ein Green New Deal für eine zukünftige Wirtschaft.....	5
<b>II. DIE HERAUSFORDERUNGEN</b> .....	6
1. Energieproduktion und –verbrauch.....	6
2. Rohstoffverbrauch .....	7
3. Natur- und Landverbrauch .....	8
4. Abfall .....	9
5. Schadstoffausstoss .....	10
<b>III. CHANCEN DES ÖKOLOGISCHEN UMBAU</b> .....	11
Massgeschneiderte Lösungen nötig.....	12
<b>IV. MASSNAHMEN FÜR DEN ÖKOLOGISCHEN UMBAU</b> .....	13
1. Begleitmassnahmen.....	13
2. Förderung der erneuerbaren Energien .....	15
3. Ökologischer Umbau der Baubranche.....	17
4. Ökologischer Umbau der produzierenden Industrie.....	19
5. Ökologischer Umbau des Detail-Handels .....	21
6. Ökologischer Umbau des Transportwesens .....	23
7. Ökologischer Umbau der Finanzbranche.....	26
8. Ökologischer Umbau der Tourismusbranche.....	28
<b>V. AUSBLICK</b> .....	31

## **I. EINLEITUNG**

---

Aufgabe der Wirtschaft ist es, die Menschen mit Gütern und Dienstleistungen für ihr Leben zu versorgen. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung (Verbindung von Umwelt-, Sozial-, Wirtschaftspolitik) sind die wirtschaftlichen Tätigkeiten so zu gestalten, dass ein schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen sowie ein würdiges und sicheres Auskommen für alle Menschen gewährleistet sind. Eine nachhaltige Wirtschaft im Dienste der Menschen beinhaltet aus grüner Sicht zudem eine gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, von Einkommen und Vermögen, demokratische Mitbestimmung und Kontrolle sowie die Ermöglichung von Kreativität und Innovation.

Die gegenwärtige kapitalistische Marktwirtschaft ist alles andere als nachhaltig. Insbesondere in ihrer neoliberalen Ausprägung der letzten Jahrzehnte basiert sie auf einer rücksichtslosen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und der Missachtung sozialer Rechte. Wichtigster Motor des neoliberalen Modells ist weniger die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse als vielmehr die Steigerung der Profitrate der Unternehmen durch ungebremstes Wachstum.

### **1. Die Wirtschaft in der Krise**

Im Jahr 2008 hat sich überdeutlich gezeigt, dass dieses globale Wirtschaftssystem in keiner Weise nachhaltig ist. Die vielfältige Krise (Finanz-, Klima-, Nahrungsmittelkrise) ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen blinden Liberalisierungs-, Deregulierungs- und Privatisierungspolitik. Die globalisierte kapitalistische Marktwirtschaft hat die grössten Probleme nicht gelöst, sondern dazu geführt, dass wenige Menschen reicher und viele ärmer wurden, viele Tier- und Pflanzenarten ausgerottet oder bedroht sind und die Klimaerwärmung zur wohl grössten Bedrohung der 21. Jahrhunderts geworden ist.

### **2. Die Grenzen des Wachstums**

Die Kritik an einem Wirtschaftsmodell, das auf ungebremstem Wachstum beruht, war einer der Auslöser zur Gründung grüner Bewegungen und Parteien. Grundlegend war die Publikation „Die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome im Jahre 1972. Die Autoren zeigten auf, dass ein grenzenloses Wachstum unmöglich ist, und forderten bereits vor dreieinhalb Jahr-

zehnten die Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch. 20 Jahre später verabschiedete der Erdgipfel von Rio über Umwelt und Entwicklung das Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Dieses Konzept will ökologische, soziale und ökonomische Anliegen so in Einklang bringen, dass die Entwicklungsmöglichkeiten heutiger und künftiger Generationen nicht untergraben werden.

Das Konzept einer Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch hat sich allerdings bis heute als trügerisch erwiesen. Der Gesamtkonsum von Ressourcen nimmt – weltweit und auch in der Schweiz - schneller zu als die technischen Verbesserungen. Wir kommen deshalb um die Forderungen nach Masshalten bei den Investitionen, Beschränkung auf das Wesentliche und wenn nötig auch nach Verzicht auf Luxus nicht herum.

Für die Grünen ist klar, dass eine nachhaltige Entwicklung unvereinbar ist mit einem Wachstums- und Konsummodell, welches die natürlichen Ressourcen rücksichtslos ausbeutet und das Ökosystem durch Schadstoffe und Abfälle immer mehr belastet und zerstört und soziale Ungerechtigkeit, Hunger und Kriege produziert. Deshalb suchen und diskutieren die Grünen Alternativen zu einem rein quantitativen Wachstumsmodell.

### **3. Der ökologische Fussabdruck**

Unter dem Ökologischen Fussabdruck wird die Fläche auf der Erde verstanden, die ein Mensch oder ein Land für seinen Lebensstil und Lebensstandard benötigt. Das schließt Flächen ein, die zur Produktion von Kleidung und Nahrung oder zur Bereitstellung von Energie, aber auch zum Abbau des Mülls oder zum Binden des durch seine Aktivitäten freigesetzten Kohlendioxids benötigt werden. Der ökologische Fussabdruck der Schweiz ist fast viermal so gross ist wie die Landesfläche. Die Schweiz lebt also auf zu grossem Fuss und trägt somit überproportional zu Umweltzerstörung, Klimawandel und Ressourcenverknappung bei. Es ist absehbar, dass unser gängiges Wirtschaftsmodell in die Sackgasse führt. Um zu vermeiden, dass künftige Generationen mit Ressourcenkriegen, Klimakatastrophen und einer massiven Wirtschaftskrise konfrontiert werden, müssen wir sofort umstellen - auf eine Wirtschaft mit Zukunft.

#### **4. Ein Green New Deal für eine zukunftsfähige Wirtschaft**

Bis heute bedeutet Wirtschaftswachstum fast immer eine Zunahme des Ressourcenverbrauchs und der Umweltverschmutzung. Eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft ist nur möglich, wenn es gelingt, Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Der Verbrauch an Rohstoffen muss aus grüner Sicht drastisch abnehmen, um einem nachhaltigen Lebensstil Platz zu machen. Wirtschaft und Konsum müssen sich darüberhinaus am „richtigen Mass“ orientieren. Es ist an der Zeit, dass sich die Gesellschaft über Bedürfnisobergrenzen verständigt wie es die Vertreter der „décroissance“ (Wachstumsrückgang) und der Suffizienz-Wirtschaft<sup>1</sup> vorschlagen: nicht ein „immer mehr“ soll der Massstab sein, sondern die Frage, was für Mensch und Umwelt zuträglich ist. Die Schweiz braucht dringend ein nachhaltiges Ressourcenmanagement und eine umfassende Ressourcenpolitik.

Im Februar 2009 haben die Grünen bereits einen *Green New Deal für eine zukunftsfähige Wirtschaft* vorgestellt<sup>2</sup>. Ohne einen tiefgreifenden ökologischen Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft und eine Neu-regulierung des Finanzsektors lässt sich weder die Finanz-, noch die Klima- oder die Hungerkrise lösen.

Dieser tiefgreifende ökologische Strukturwandel ist aber nicht nur eine Selbstverpflichtung, sondern auch eine grosse Chance für die Wirtschaft – dies hat auch die Umweltorganisation der Vereinigten Nationen, die UNEP, erkannt, die im Oktober 2008 die “Green Economy Initiative” vorstellte<sup>3</sup>.

Ein Schweizer “Green New Deal” schafft Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Branchen und stärkt die Konkurrenzfähigkeit des Werkplatzes Schweiz. Das vorliegende Papier zeigt auf, wo die Grünen den grössten Handlungsbedarf für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft orten und mit welchen Massnahmen dieser Umbau vorangetrieben werden kann.

---

<sup>1</sup> Zu Suffizienz siehe Interview mit Markus Kunz, Professor an der Zürcher Hochschule Winterthur und Präsident der Grünen Stadt Zürich: [http://www.transform.li/dokumente/2007/dok\\_070318.html](http://www.transform.li/dokumente/2007/dok_070318.html) sowie eine umfassende Übersicht :

[http://www.studiosus.project21.ch/images/stories/studiosus10/stud\\_10\\_web.pdf](http://www.studiosus.project21.ch/images/stories/studiosus10/stud_10_web.pdf)

Suffizienz bedeutet soviel wie Genügsamkeit oder Angemessenheit. Sie geht davon aus, dass es ein Genug gibt, dass man satt sein kann. Suffizienz hat nichts mit Mangel zu tun. Es geht vielmehr darum „von nichts zuviel“ zu haben und der Begrenztheit der Ressourcen Rechnung zu tragen. Mahatma Gandhi hat es so formuliert: Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse— aber nicht für jedermanns Gier.

<sup>2</sup> Ökologisch wirtschaften: <http://www.gruene.ch/web/gruene/de/kampagnen.html>

<sup>3</sup> <http://www.unep.org/greeneconomy/>

## II. DIE HERAUSFORDERUNGEN

---

Die Prognosen des Weltklimarats besagen, dass eine Erhöhung der weltweiten Durchschnittstemperatur um mehr als 2°C zu für Mensch und Umwelt bedrohlichen klimatischen Veränderungen führen würde<sup>4</sup>. Mit dem Kyoto-Abkommen, das auch die Schweiz unterzeichnet hat, verpflichtet sich die internationale Staatengemeinschaft, Massnahmen zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu ergreifen.

Die Schweiz ist aber nicht nur aufgrund globaler Umweltrisiken gefordert. Im Jahr 2007 bilanzierte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem Umweltprüfbericht folgendes<sup>5</sup>:

In der Schweiz steht die Umwelt unter starkem Druck (Verschmutzung, Entnahme von natürlichen Ressourcen, raumplanerische Tätigkeiten), der insbesondere von der Industrie, der Landwirtschaft, dem Verkehr und dem Tourismus ausgeht. [...] Trotz der Fortschritte bei der Berücksichtigung der Anforderungen der nachhaltigen Entwicklung [...] insbesondere in der Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik, stösst die konkrete Umsetzung des Nachhaltigkeitsprinzips in den Konsummustern, beispielsweise in der Raumnutzung, im Verkehr oder im Freizeitbereich, nach wie vor auf grosse Schwierigkeiten. Der Verlust an Biodiversität, Natur und Landschaft setzt sich fort.

Die Schweiz muss ihren Verbrauch an Energieträgern und anderen Rohstoffen deutlich verringern. Ebenso gefordert ist sie bei der Senkung der Schadstoff- und Abfallproduktion.

### 1. Energieproduktion und -verbrauch

17'500 Kilowattstunden pro Jahr braucht der Mensch im globalen Mittel. Dies entspricht einer kontinuierlichen Leistung von 2000 Watt. In der Schweiz beträgt sie rund dreimal soviel pro Person, nämlich 6'300 Watt. Heizen und Wohnen machen knapp 30% dieses Gesamtkonsums aus, knapp 20% fallen auf Ernährung, gut ein Viertel auf Transport und schliess-

---

<sup>4</sup> IPCC, Ed. (2007). *Climate Change 2007: Mitigation of Climate Change*, Cambridge, Cambridge University Press.

<sup>5</sup> <http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/8423.pdf>

lich gut 20% auf graue Energie aus privatem und 6% auf graue Energie aus öffentlichem Konsum.

Die graue Energie des Privatkonsums umfasst Herstellung, Vertrieb und Entsorgung von Ge- und Verbrauchsgütern wie Kleider, aber auch beispielsweise den Energieaufwand für das Bereitstellen von Freizeitangeboten. Der öffentliche Konsum umfasst die Energieaufwendungen der öffentlichen Infrastruktur.

Graue Energie steckt auch in den separat aufgeführten Güterkategorien: Bei Nahrungsmitteln beträgt der Energieaufwand für Transport, Lagerung, Düngung und dergleichen ein Vielfaches dessen, was für die unmittelbare Zubereitung zu Hause oder in Restaurants aufgewendet wird. Beim Verkehr hingegen überwiegt der direkte Energieaufwand: Der Treibstoffverbrauch des Individualverkehrs macht mehr als die Hälfte des Gesamtenergieaufwandes der Mobilität aus.

Die ETH Zürich prognostizierte bereits 1998, dass die Leistung ohne Einbussen beim Lebensstandard auf den weltweiten Durchschnitt von 2000 Watt gesenkt werden kann. Die Übersicht der einzelnen Verbrauchskategorien zeigt, dass in fast allen Bereichen angesetzt werden muss, um dieses Reduktionsziel zu erreichen. Die grössten Einsparungen müssen beim Heizen, beim privaten und gewerblichen Strassentransport und bei den Herstellungsprozessen erreicht werden.

Betrachtet man statt des Energieverbrauchs den Ausstoss an Treibhausgasen, wird der Handlungsbedarf noch augenscheinlicher: Die Pro-Kopf-Emissionen der Schweiz beliefen sich gemäss nationalem Inventar im Jahr 2004 auf rund 6 Tonnen CO<sub>2</sub>. Berücksichtigt man die grauen Emissionen des Waren- und Stromhandels, betrug der Pro-Kopf-Verbrauch 10.7 Tonnen<sup>6</sup>.

## **2. Rohstoffverbrauch**

103 Millionen Tonnen Rohstoffe – umgerechnet fast 14 Tonnen pro EinwohnerIn – verbraucht die Schweizer Wirtschaft jährlich (Zahlen von 2004). Die Hälfte bilden Sand, Kies und andere mineralische Baustoffe. Weitere 23% machen Biomasse aus, also Landwirtschaftsprodukte, Holz und dergleichen, 15% fossile Produkte, vorwiegend in der Form von Treib-

---

<sup>6</sup> *Graue Treibhausgas-Emissionen der Schweiz 1990-2004*, Umwelt-Wissen UW-0711-D, Bundesamt für Umwelt 2007.

und Brennstoffen, 6% industrielle Mineralien (Metalle usw.). Zusätzlich werden jährlich rund 2500 Millionen Tonnen Wasser für die Wasserversorgung und die Elektrizitätsgewinnung gebraucht. Gesamthaft werden immer mehr Ressourcen für immer kurzlebige Produkte ver(sch)wendet. Die Industrielwelt setzt auf Wegwerfprodukte und hohe Verkaufszahlen. Um die Umweltbelastung weiter zu senken, müsste vermehrt am Anfang der Produktionskette und bei den Konsummustern angesetzt werden.

Der wirtschaftliche Aufschwung und der Wandel hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft führen dazu, dass mehr Fertigprodukte und Konsumgüter importiert werden. Der Energiebedarf steigt, ebenso der Anteil der importierten Rohstoffe am gesamten Rohstoffbedarf. Dadurch verlagern sich die Wirkungen des Rohstoffverbrauchs ins Ausland, wo die Schweiz indirekt Umweltbelastungen verursacht. Besonders ins Gewicht fällt die graue Energie, die für Herstellung, Transport, Lagerung und Verkauf eines importierten Produktes im Ausland anfällt.

### **3. Natur- und Landverbrauch**

Die Schweiz wird zugebaut: Ein Quadratmeter Grünfläche pro Sekunde – täglich rund 10 Fussballfelder – verschwindet unter Strassen, Einkaufszentren, Parkplätzen und Häusern. Dorf- und Stadtränder fransen ins Land hinaus. Mehr überbaute Fläche bringt auch mehr Verkehr. Der offiziellen Schweiz fehlt der Wille zu einer nachhaltigen Raumentwicklung. Es gibt gesamtschweizerisch ein massives Überangebot an Bauzonen. Bis zum Jahr 2030 wird weniger als die Hälfte des im Jahr 2007 noch unbebauten Baulandes benötigt werden<sup>7</sup>. Dennoch breitet sich der Siedlungsraum seit Jahren kontinuierlich aus, in hohem Mass auch ausserhalb der Bauzonen, wo bereits mehr als ein Viertel aller 2,2 Millionen Gebäude steht. Dieser fehlende Gestaltungswille führt dazu, dass pro Jahr die doppelte Fläche Genfs neu zum Siedlungsraum geschlagen wird.

Nebst dem Siedlungsraum setzen die Tourismusinfrastruktur und der Verkehrsraum Naturräume unter Druck. Die Artenvielfalt ist in der Schweiz rückläufig. Die Intensität des Alpentourismus bedroht seine eigenen Ressourcen: die alpinen Kulturlandschaften und die letzten noch unberührten Naturgebiete.

---

<sup>7</sup>Bauzonenstatistik der Schweiz, Oktober 2008.



#### **4. Abfall**

Früher oder später landet jedes Konsumprodukt im Müll. Die Müllberge unserer Industrieländer wachsen rasant. Es handelt sich dabei um Siedlungs- und Bauabfälle, aber auch um Sonderabfälle und Abfälle aus Industrie und Gewerbe. Ausserdem fällt immer mehr Klärschlamm an, der in Kehrichtverbrennungsanlagen (KVA) verbrannt wird. Güter aus Holz und Leder oder aus Metallen wurden durch Verbundmaterialien ersetzt, das heisst durch nicht trennbare, meist kunststoffhaltige Stoffkombinationen.

Die Schweiz hat eine gut ausgebaute Infrastruktur zur Abfallverwertung und -entsorgung. Die Gesamtmenge nimmt jedoch ungebremst zu und ist klar ans Bruttoinlandprodukt BIP gekoppelt<sup>8</sup>. Um die Umweltbelastung weiter zu senken, müsste vermehrt am Anfang der Produktionskette und bei den Konsummustern angesetzt werden.

Der Grad der Wiederverwertung ist bei vielen Rohstoffen noch gering. Viele Abfälle sind stark vermischt, es werden zunehmend Verbundmaterialien verwendet und der Absatzmarkt für Recyclingbaustoffe ist schwach. Die noch ungenügende Rückführung in den Materialkreislauf rührt auch daher, dass Produkte kaum unter dem Gesichtspunkt der Auftrennbarkeit und der Wiederverwertung entwickelt und hergestellt werden.

Mit jährlich rund zwölf Millionen Tonnen sind die Bauabfälle in der Schweiz der gewichtigste Abfallstrom. Von diesem mit Abstand gewichtigsten Abfallstrom entfielen im Jahr 2000 rund 5,5 Millionen Tonnen auf den Hochbau und die restlichen 6,4 Millionen Tonnen auf den Tiefbau. Den grössten Teil machte dabei die Erneuerung der Strasseninfrastruktur aus. Als Folge der zunehmenden Abbruch- und Renovationstätigkeit wird ihre Menge in den nächsten Jahren weiter zunehmen.

Neben den Siedlungs- und Bauabfällen fallen jährlich 1.1 Millionen Tonnen Sonderabfälle an, welche entweder in der Schweiz entsorgt oder zur umweltgerechten Entsorgung exportiert werden. Ausserdem fallen jährlich rund vier Millionen Tonnen flüssiger Klärschlamm an, der getrocknet und verbrannt werden muss<sup>9</sup>.

Ein besonderes Problem sind die radioaktiven Abfälle, die in der Schweiz anfallen. Diese werden heute im Zwischen- oder Nasslager aufbe-

---

<sup>8</sup> *Abfallwirtschaftsbericht 2008*, Bundesamt für Umwelt.

<sup>9</sup> *Klärschlamm Entsorgung in der Schweiz*, Umweltmaterialien Nr. 181, BUWAL (heute: BAFU), 2004.

wahrt und müssen künftig kontrolliert und rückholbar in einem geologischen Tiefenlager untergebracht werden.

Jährlich nimmt auch die Elektroschrottmenge zu. Hätte man den gesamten Elektroschrott der Schweiz im Jahr 2007 auf Paletten verpackt und gestapelt, hätte sich ein Berg ergeben, der 53 mal so hoch ist wie das Matterhorn! Lediglich 15% der Mobiltelefone werden trotz vorgezogener Recycling-Gebühr der Wiederverwertung zugeführt<sup>10</sup>. In Computern, Handys und anderen elektronischen Geräten stecken hunderte verschiedene Bauteile - und damit auch jede Menge giftige Chemikalien. Sie reichern sich in der Umwelt an und schädigen unsere Gesundheit.

## 5. Schadstoffausstoss

Nebst den Treibhausgasen setzen andere Problemstoffe Luft, Boden und Gewässern zu. Hauptquelle ist in vielen Fällen der Strassenverkehr: Entlang stark befahrener Hauptverkehrsachsen und in dicht besiedelten Regionen sind die in der Luftreinhalteverordnung definierten Grenzwerte für Feinstaub<sup>11</sup>, Ozon und Stickstoffdioxide (NO<sub>x</sub>) dauerhaft überschritten. Auch Benzol, das aufgrund seiner Krebs erregenden Wirkung überhaupt nicht in die Umwelt gelangen sollte, wird zu zwei Dritteln von Personenwagen ausgestossen.

Auch der Boden ist Schadstoffen aus der Luft ausgesetzt. Zusätzlich führen die intensive Nutzung vornehmlich durch Landwirtschaft und Tourismus zu Erosionen und Verdichtungen.

Gewässer sind ebenfalls durch chemische Stoffe beeinträchtigt, ihr ökologischer Wert wird durch menschliche Nutzung und die Begradigung von Uferwegen und Läufen reduziert. Zusätzlich macht den Ökosystemen in Seen wie Flüssen die beständige Erhöhung der Wassertemperatur – eine Folge des Anstiegs der Lufttemperatur und der Einleitung von erwärmtem Wasser aus Industriebetrieben und Atomkraftwerken – zu schaffen: In Flüssen gehen die Fischpopulationen zurück<sup>12</sup>, in den Seen führen die wärmeren Temperaturen zu einer Zunahme von Parasiten<sup>13</sup>.

---

<sup>10</sup> Medienmitteilung SWICO Recycling, April 2008.

<sup>11</sup> Siehe Broschüre «Feinstaub macht krank», Bundesamt für Umweltschutz, 2005.

<sup>12</sup> Aquaterra 1/2005, Bundesamt für Wasser und Geologie (heute: Bundesamt für Umwelt BAFU)

<sup>13</sup> *Klimaänderung und die Schweiz 2050*, Organe consultatif sur les changements climatiques, 2005.

### III. CHANCEN DES ÖKOLOGISCHEN UMBAUS

---

Der ökologische Umbau der Wirtschaft ist nicht nur eine umweltpolitische Notwendigkeit, er ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Er sichert die Wettbewerbsfähigkeit in der Schweiz ansässiger Betriebe und schafft überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze mit sehr unterschiedlichen Qualifikationsanforderungen. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen müssen so gesetzt werden, dass sie ökologisch vorbildliche Branchen und Anbieter stärken und diese an die Stelle nicht nachhaltiger Wirtschaftsformen treten können.

Der Umweltschutzmarkt zeichnet sich durch eine besonders hohe Beschäftigungswirksamkeit aus, da die inländische Fertigungstiefe überdurchschnittlich hoch ist. Gemäss einer Studie<sup>14</sup> des damaligen Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landwirtschaft (heute Bundesamt für Umwelt) waren bereits im Jahr 2004 im Umweltschutzsektor 61'000 Vollzeitstellen vorhanden. Weitere 12'500 Stellen werden durch Exporte von Umwelttechnologie gesichert. Zum Vergleich: Die beiden Schweizer Grossbanken beschäftigen in der Schweiz rund 47'000 Voll- und Teilzeitbeschäftigte. Gemäss Studie betrug die inländische Wertschöpfung mit Dienstleistungen und Produkten im Umweltbereich – dazu gehören beispielsweise Energietechniken, Filteranlagen oder Messgeräte – im Jahr 2004 rund 6.7 Milliarden Franken<sup>15</sup>. Der «Umweltschutzmarkt» ist längst zu einem bedeutsamen Wirtschaftszweig angewachsen.

Zum Beispiel Klimaschutz: Tatsache ist, dass ein effizienterer Energieverbrauch wirtschaftliche Vorteile bietet, und zwar nicht nur, weil die globale Erwärmung gebremst wird, sondern auch, weil es viel billiger ist, fossile Brennstoffe einzusparen als sie zu kaufen. Klimaschutz heisst aber auch weniger Abhängigkeit von instabilen Erdgas- und Erdölexportländern, dadurch mehr politische Freiheit, neue Export-Märkte und Arbeitsplätze. Eine Studie der ETH Zürich zeigt, dass die Einführung der CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe einen volkswirtschaftlichen Nettonutzen von mindestens 80 Millionen Franken generieren wird.

---

<sup>14</sup> *Auswirkungen des Umweltschutzes auf BIP, Beschäftigung und Unternehmen*, Umwelt-Materialien Nr. 197, BUWAL/Fraunhofer, 2005. *Zusammenfassung* in Umwelt 04/2005.

<sup>15</sup> Werden die Folgeeffekte, also die Rückflüsse der Arbeits- und Kapitaleinkommen des Ökosektors in die Gesamtwirtschaft berücksichtigt, betrug im Jahr 2004 die Wertschöpfung gar 17.1 Milliarden Franken oder rund 4% des BIP. Bei den Vollzeitstellen erhöht sich die Zahl auf rund 145'000. Dies entspricht 4.5% der Gesamtbeschäftigung.

Durch CO<sub>2</sub>-Reduktionen profitiert auch die Volksgesundheit. Eine Studie des WWF<sup>16</sup> zeigt, dass eine aktive Klimapolitik auch die Luftschadstoffemissionen reduziert und damit erhebliche Schäden an Gesundheit, Material und Ernte verhindert. Sparen wir bei 20 Prozent CO<sub>2</sub>-Reduktion bis im Jahr 2020 jährlich 174 Millionen Franken, so sind es im selben Zeitraum bei 30 Prozent 540 Millionen und bei 40 Prozent 800 Millionen Franken pro Jahr.

Aufgabe der öffentlichen Hand ist nicht nur, die ökologischen Mindestanforderungen laufend den technischen Möglichkeiten anzupassen. Sie muss den ökologischen Umbau aktiv gestalten durch Anreizsysteme, durch eine zielgerichtetes Engagement in der Berufsbildung und in der Forschung und der Schaffung einer Infra-struktur, die grünes Wirtschaften begünstigt. So löst beispielsweise jeder Förderfranken in energetische Gebäudesanierungen im Schnitt Investitionen von fünf Franken aus. Im Bereich Fotovoltaik wird dieser Hebeleffekt sogar auf 1:10 geschätzt.

### **Massgeschneiderte Lösungen nötig**

Der ökologische Umbau benötigt einen Mix aus Massnahmen. Um eine möglichst nachhaltige Nutzung von Rohstoffen zu erreichen, braucht es nebst marktwirtschaftlichen Instrumenten wie **Lenkungsmassnahmen** auch **Verbote und Restriktionen** für Umwelt schädigende Substanzen und Prozesse. Unterstützende **Normen und Standards** für eine nachhaltige Produktion und eine nachhaltige Bauweise fördern die Entwicklung einer zukunftsfähigen Wirtschaft.

Wo nötig, werden diese Massnahmen ergänzt durch Forderungen zur Verbesserung der öffentlichen oder gemischtwirtschaftlich getragenen Infra-struktur und zum Ausbau der Forschung. In diesem Papier werden der Übersichtlichkeit halber pro Branche nur eine kleine Anzahl ausgewählter, besonders wirksamer Massnahmen aufgeführt.

Auf den folgenden Seiten werden konkrete Lösungsansätze vorgestellt. Nebst einer Reihe branchenübergreifender Massnahmen werden die wichtigsten Wirtschaftszweige einzeln behandelt, denn der Agrarsektor, die produzierende Industrie und die Dienstleistungsbranchen müssen alle auf unterschiedliche Art ökologisch umgebaut werden - und sie können alle auf unterschiedliche Art zur Lösung der anstehenden Probleme beitragen.

---

<sup>16</sup> Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen: Gutachten zu Sekundärnutzen durch Luftschadstoffreduktion, Schlussbericht 16, Februar 2009.

## IV. MASSNAHMEN FÜR DEN ÖKOLOGISCHEN UMBAU

---

### 1. Begleitmassnahmen

Die Politik muss geeignete Rahmenbedingungen für die Ökologisierung der Wirtschaft schaffen. Von zentraler Bedeutung sind eine massive Erhöhung der **Ressourceneffizienz**. Rohstoffe sollen so genutzt werden, dass ein möglichst grosser Nutzen bei möglichst kleinem Materialverbrauch entsteht. Um dies zu erreichen müssen die Kosten des Umweltverschleisses im Sinne der **Kostenwahrheit** in allen Branchen voll angerechnet werden. Rohstoffe, die nicht erneuerbar sind, erhalten so einen hohen Preis, insbesondere fossile und nukleare Energie. Neue Technologien sollen mit dem **Vorsorgeprinzip** geprüft werden, bevor sie auf den Markt kommen. Nur Produkte, die nachweislich keinen Schaden an Mensch und Umwelt verursachen, dürfen zugelassen werden.

Unternehmen sollen Nachhaltigkeit auch als Teil ihrer gesellschaftlichen Verantwortung wahrnehmen. In Skandinavien sind Unternehmen gefordert, ihren Leistungsausweis im Bereich **Unternehmensverantwortung** (Corporate Social Responsibility) zu dokumentieren. In der Schweiz machen dies erst wenige Unternehmen auf freiwilliger Basis. Als Teil der branchenübergreifenden Massnahmen soll der Bund auch für Schweizer Betriebe Richtlinien erlassen. Dazu gehören auch Verschärfungen der Unternehmens- und der Produkthaftung im Sinne des **Verursacherprinzips**.

Nebst der Ressourceneffizienz und der ökologischen Modernisierung durch technische Innovation, ist für eine nachhaltige Wirtschaft auch eine tiefgreifende strukturelle Veränderung der Gesellschaft und der Wirtschaft notwendig. Ein neues Wohlstandsdenken muss an die Stelle der Wachstumsideologie treten. Um diese Veränderung voranzutreiben sollte genügt es nicht, das gängige Mass für unser Wohlergehen, das BIP (Brutto-Inland-Produkt), anzuwenden. Es müssen **Nachhaltigkeitsindikatoren** verwendet werden, welche die sozialen und umweltspezifischen Konsequenzen der ökonomischen Entwicklung aufzeigen: Umweltbelastung, Ressourcenverbrauch und die Entstehung sozialer Ungleichheit.

Beim ökologischen Umbau der Wirtschaft ist der Staat jedoch nicht nur als Regulator und Kontrolleur gefordert, er muss auch seine Aufgabe als Leistungserbringer wahrnehmen. Dazu gehören insbesondere das bestän-

dige Anpassen der Bildungs- und Forschungsaktivitäten. Auch die Finanzpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden ist auf die Ökologisierung der Wirtschaft auszurichten.

## **LENKUNGSMASSNAHMEN**

---

- Die im Rahmen der Bundesstrategie «Nachhaltige Entwicklung» vorgesehene ökologische Steuerreform ist zu verwirklichen. Die Finanzpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden muss sich an ökologischen und sozialen Forderungen orientieren. Subventionen für umweltschädliche Wirtschaftsaktivitäten sind zu eliminieren. Es sollen Unternehmen unterstützt werden, die ihre Umweltbilanz transparent ausweisen. So können Nachhaltigkeitsindikatoren bei der Wirtschaftsförderung und bei der Vergabe von Industriegeländen zur ökologischen Reform beitragen.
- Bei öffentlichen Aufträgen sollen Unternehmen priorisiert werden, welche sozioökonomische Kriterien erfüllen und welche besonders sozialverträglich sind (z.B. Beschäftigung von Lernenden).
- Der Wissenstransfer zwischen den Hochschulen und der Privatwirtschaft ist zu fördern.

## **VORGABEN**

---

- Für alle neuen Technologien ist das Vorsorgeprinzip strikte anzuwenden. Es sind Richtlinien für Technologiefolgeabschätzungen zu definieren.
- Unternehmen haben Nachhaltigkeit als Teil ihrer gesellschaftlichen Verantwortung wahrzunehmen. Der Bund soll für Schweizer Betriebe Richtlinien für Unternehmens- und der Produkthaftung im Sinne der Kosteninternalisierung erlassen. Die Schweiz soll das Protokoll von Kiew über die Haftpflicht und den Schadenersatz bei grenzüberschreitenden Schäden infolge von Industrieunfällen unterzeichnen. Börsenkotierte Unternehmen werden zu einer jährlichen Nachhaltigkeitsberichterstattung nach den anerkannten Standards der Global Reporting Initiative<sup>17</sup> verpflichtet. Das Klagerecht gegen Umweltbeeinträchtigungen, wie es die Aarhus Konvention vorsieht, ist einzuführen.
- Öffentliche Verwaltungen sollen bei ihren Beschaffungen darauf bestehen, dass ihre Lieferanten den Anforderungen des UN-Umweltprogramms bezüglich menschenwürdigen Arbeiten<sup>18</sup> erfüllen.

---

<sup>17</sup> s. <http://www.globalreporting.org/>

<sup>18</sup> *Green Jobs: Towards Decent Work in a Sustainable, Low-Carbon World*, United Nations Environment Programme (UNEP), 2008. S. 38ff.

- In Handelsabkommen zwischen der Schweiz und Drittstaaten sind soziale und ökologische Kriterien zu integrieren.

### **FORSCHUNGSSCHWERPUNKTE**

---

- Der Bund benötigt dringend eine umfassenden Ressourcenpolitik. Die Grundlagen sind so rasch als möglich zu schaffen.
- Die öffentliche Forschung im Bereich neue, umweltfreundliche Technologien, sowie die Forschung zugunsten der Materialeffizienz und des Ersatzes der nicht-erneuerbaren Ressourcen ist massiv zu fördern. Das Berufsbildungsangebot und die staatliche Forschung ist laufend an die Bedürfnisse nachhaltigen Wirtschaftens anzupassen.
- Geistes- sozial- und kulturwissenschaftliche Perspektiven sind in der Technologieforschung und -entwicklung miteinzubeziehen

## **2. Förderung der erneuerbaren Energien**

In den 1980er Jahre galt die Schweiz als Solarpionierin. Leider gab es von Regierungsseite keine ernsthafte Bemühungen, die Rahmenbedingungen des Energiemarktes so auszugestalten, dass diese Innovationen hätten kommerziell verwertet werden können. Inzwischen ist die Schweiz zur blossen Mitläuferin in der Energietechnik-Industrie verkommen<sup>19</sup>: In Deutschland wurden im Jahr 2007 Fotovoltaikanlagen errichtet, welche – gemessen an der Produktionsleistung pro EinwohnerIn – das Vierzehnfache der Schweizer Neuinstallationen ausmachen. Der weltweite Photovoltaik-Markt wächst jährlich um 40 bis 50 Prozent. Steht den verbleibenden Schweizer Anbietern kein attraktiver Heimmarkt zur Verfügung, werden auch sie von ausländischen Konkurrenten verdrängt oder müssen ihre Aktivitäten in die Absatzmärkte verlagern – mit den entsprechenden Folgen für den schweizerischen Arbeitsmarkt.

Die Bedingungen müssen für Anbieter wie Abnehmer sauberer Energietechnik verbessert werden. Die dezentrale Energiegewinnung, insbesondere die dezentrale Stromerzeugung muss zum strategischen Ziel werden. Das heutige Stromverteilnetz muss deshalb zum Stromeinspeisenetz umgebaut werden. Die dezentrale Produktion ist gezielt zu fördern, bis dieses Ziel erreicht ist.

---

<sup>19</sup> Cash; 01.03.2002, S. 10; *Sonnenfinsternis über der Schweizer Solarindustrie*

Die Versorgung der Haushalte mit Energie ist Teil des Service public. Es ist daher wichtig, dass die Energieverteiler und insbesondere auch die Betreiber der Stromnetze demokratisch kontrolliert und gesteuert werden. Öffentlich-rechtliche, nicht als Aktiengesellschaften organisierte Energiebetriebe können viel leichter zur Einhaltung ökologischer Standards verpflichtet werden als private. Privatisierungen staatlicher Energiebetriebe sind daher auch aus ökologischer Sicht nicht wünschenswert.

Die Nachfrage nach sauberer Energie ist ausgewiesen: Der Marktanteil des «Naturemade»-Stroms beträgt bei den Privatkunden des Stadtzürcher Elektrizitätswerks ewz 79% und bei den kleineren und mittleren Unternehmen immerhin noch 68%:

Doch nicht nur als Konsumenten zeigen sich Private und Unternehmen gewillt, in saubere Energie zu investieren. Mit der Revision des Energiegesetzes wurde per Anfang 2009 die kostendeckende Einspeisevergütung für Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie eingeführt, allerdings mit rigiden Kontingenten: Bereits am ersten Tag nach Anmeldungsbeginn waren diejenigen für Solaranlagen ausgeschöpft. Bei Windenergie, Wasserkraft und Biomassestrom droht ebenfalls ein unsinniger Investitionsstopp.

Nebst sauberem Strom muss vor allem auch die Wärmeversorgung auf ökologisch verträgliche Technologien umgestellt werden. Dies betrifft vorwiegend Bauten, die Erwägungen dazu sind deshalb im nachfolgenden Kapitel zum Umbau der Baubranche aufgeführt.

### **LENKUNGSMASSNAHMEN**

---

- Die bestehende Mengenbeschränkung für die kostendeckende Einspeisevergütung erneuerbarer Energien ist zu streichen.
- Stromlieferanten sollen zwingend Anreizmechanismen für Investitionen in Energieeffizienz schaffen.
- Ökologisch produzierter Strom aus erneuerbaren Quellen darf nicht teurer sein als Strom aus nicht erneuerbaren Quellen. Beim Atomstrom müssen auch die Risikokosten verrechnet werden. Die Subventionierung nicht erneuerbarer Energien muss gestoppt werden.

### **VORGABEN**

---

- Es sind Vorgaben für das schnelle Ersetzen von Elektroheizungen zu machen.



- Eine Treibhausgasreduktion von mindestens 40 Prozent bis 2020 im Inland muss im Klima-Gesetz verankert werden.
- Atomkraftwerke sind weder energieeffizient noch erfüllen sie die Nachhaltigkeitskriterien. AKWs verletzen das Vorsorgeprinzip. Auf diese Form der Stromerzeugung ist deshalb nach dem altersbedingten Auslaufen der bestehenden fünf AKW zu verzichten.

### **FORSCHUNGSSCHWERPUNKTE**

---

- Der Bund verstärkt die Technologieförderung in Zusammenarbeit mit Gewerbe und Industrie zur verbesserten Nutzung nachhaltiger Energiequellen. Er fördert zudem die Forschung für Engineering- und Contracting-Modelle, die eine Energie-Optimierung zum Ziel haben. Er fördert und die Erforschung der Substitution von Erdölderivaten durch Rohstoffe aus Biomasse.

### **3. Ökologischer Umbau der Baubranche**

Der immense Ressourcenbedarf der Bautätigkeit lässt sich am besten durch weniger Neu-Bauten reduzieren. In manchen Regionen werden Wohn- und Gewerbebauten über den Bedarf hinaus gebaut. Der stetig steigende Pro-Kopf-Verbrauch an Wohnfläche ist aus ökologischer Sicht bedenklich und steht dem Anliegen, die ausufernde Versiegelung der Böden zu stoppen und den Energieverbrauch der Haushalte zu senken, zuwider. Eine Einschränkung des Pro-Kopf-Verbrauchs an Wohnfläche inklusive Parkflächen für Fahrzeuge ist nicht nur aus ökologischer Sicht unabdingbar, sondern macht auch unter dem Aspekt sozialer Gerechtigkeit Sinn.

Überall werden riesige Infrastrukturbauten wie Sportstadien, Einkaufszentren, Messehallen und Verwaltungsgebäude aus Prestige Gründen („was der andere Ort hat, wollen wir auch“) erstellt, die nicht nur beim Bau und Unterhalt, sondern auch in ihren Auswirkungen Ressourcen verschleudern (Verkehrsaufkommen, Zerstörung lokaler Versorgungsinfrastrukturen). Eine wichtige grüne Forderung ist deshalb die Unterbindung weiterer solcher Bauten.

Darüber hinaus gibt es viele Möglichkeiten für eine ressourcenschonende Bautätigkeit. Qualitativ hochstehende Dämmmaterialien, moderne Haustechnik und umweltfreundliche Wärmequellen erlauben den gänzlichen Verzicht auf fossile Brennstoffe zum Beheizen von Gebäuden. Kann ein Bau zusätzlich mit einer Fotovoltaikanlage versehen werden, kann zu-

dem problemlos mehr als der Eigenbedarf an Strom produziert werden. Das 2007 erstellte erste Nullenergiebürohaus in Kempthal zeigt, dass dies auch bei gewerblichen Bauten möglich ist. Nach dem heutigen Stand von Forschung und Technik sind auch bei Altbauten energetisch hochwirksame Sanierungen möglich.

Mit Minergie-P liegt eine etablierte Norm für den Neubau von energieeffizienten Gebäuden vor. Die Erweiterung um Vorgaben an die Umweltverträglichkeit der eingesetzten Baustoffe (Minergie-P-Eco) fördert die weitere Ökologisierung des Bauwesens. Eine sorgfältige Wahl der Baumaterialien verringert nicht nur das Risiko möglicher gesundheitlicher Beeinträchtigungen der Nutzer und spätere Entsorgungsprobleme, es vermindert auch die in einem Gebäude steckende graue Energie. Beim dreigeschossigen Büroholzhaus «Greenoffices» in Givisiez entspricht die Differenz der grauen Energie zu einem vergleichbaren Standardbau der benötigten Heizenergie von über hundert Jahren<sup>20</sup>.

Parallel zu den Massnahmen zur Substitution von Erdöl und Erdgas als Heizkraftstoff müssen umfangreiche Anstrengungen unternommen werden, um die Nutzungseffizienz beim Stromverbrauch zu erhöhen, da der Einsatz moderner Gebäudetechnik einen Mehrbedarf an Elektrizität mit sich bringen kann.

Die Bautätigkeit erzeugt einen immensen Ressourcenbedarf: pro Jahr werden rund 60 Mio. Tonnen Baumaterialien benötigt, davon 50 Mio. Tonnen Kies, Bauabfälle stellen zudem mit 10 Mio. Tonnen den grössten Anteil am Abfallvolumen dar. Die Stoffkreisläufe müssen wo immer möglich geschlossen werden, die in Abbruchobjekten steckende graue Energie muss vermehrt als Rohstoffquelle erkannt und genutzt werden.

## **LENKUNGSMASSNAHMEN**

---

- Für energiesparende Gebäudesanierungen sind Förderbeiträge auszurichten.
- Auf den Pro-Kopf-Verbrauch an Wohnfläche ist die Einführung einer ökologischen Steuer zu prüfen, die diejenigen Haushalte belastet, die überdurchschnittlich viel Wohnfläche pro Kopf in Anspruch nehmen. Der Ertrag einer solchen Steuer soll in den sozialen Wohnungsbau fliessen.

---

<sup>20</sup><http://www.greenoffices.ch/de/das-projekt/okologie/index.htm>

## **VORGABEN**

---

- Für Neubauten soll Minergie-P-Eco zum verbindlichen Standard werden, Sanierungen sollen den Minergie-Standard erreichen. Ausnahmen sollen nur für Gebäude von historischer Bedeutung möglich sein.
- In den kantonalen Bauvorschriften ist eine Verpflichtung zur Nutzung der Gebäudedächer für Solarenergie zu verankern.
- Es sind Zeitvorgaben für die energetische Sanierung von Gebäuden zu schaffen.
- Die Anforderungen für das Recycling von Baustoffen sind zu verschärfen.
- Es sind Branchenzielvorgaben für die Wiederverwertung von Bauabfällen zu definieren.

## **FORSCHUNGSSCHWERPUNKTE**

---

- Die Minergie ist zwar im Moment das etablierteste Label, aber kaum der Endpunkt nachhaltiger Baukunst. Deshalb soll die Forschung für energetisch sinnvolle und umweltfreundliche Bauverfahren gefördert werden.

## **4. Ökologischer Umbau der produzierenden Industrie**

Die Produktionswirtschaft umfasst die Prozessindustrie, die wie die Pharma- und Stahlbranche Rohstoffe verarbeitet, die Fertigungsindustrie, die Güter mechanisch-technologisch herstellt und die Güter selbst, die in dieser Branche hergestellt werden. Die verarbeitenden und produzierenden KMU, insbesondere die Mikro- und Kleinstbetriebe, sind eine wichtige Stütze der Schweizer Wirtschaft (87% der Betriebe im Sektor 2). Diese Betrieben haben ein grosses Energiesparpotential, das mit Massnahmen wie Beratung im Spar- und Investitionsbereich genutzt werden kann.

Der Energieaufwand ist bei der produzierenden Industrie enorm hoch. In Industriebetrieben verbrauchen Elektromotoren rund zwei Drittel des Stroms. Mit wirtschaftlichen Massnahmen lassen sich zumeist 20 % bis 30 % Energiekosten einsparen<sup>21</sup>. Bei Druckluftanlagen rechnet das Bundesamt für Energie mit wirtschaftlichen Einsparpotentialen von rund 200 GWh pro

---

<sup>21</sup>[http://www.topmotors.ch/\\_data/Topmotors.pdf](http://www.topmotors.ch/_data/Topmotors.pdf)

Jahr<sup>22</sup>, also rund 7% der Nennleistung des AKW Beznau I. Da aus dem Stromverbrauch eines üblichen Elektromotors aufgrund der Energiepreise Kosten resultieren, die etwa um den Faktor 100 grösser sind als der Anschaffungspreis des Motors, sind alte und ineffiziente Motoren zu ersetzen. Gleichzeitig soll die Abwärme aus Produktionsstätten vermehrt zum Heizen genutzt werden. So lässt sich der gesamte Energieverbrauch massiv senken.

Doch nicht nur der Maschinenpark der produzierenden Industrie lässt sich optimieren, auch bei der Materialtrennung besteht Handlungs- und Innovationsbedarf. Für energieaufwändige wärmebasierte Verfahren zur Materialtrennung oder -trocknung sind effizientere Alternativen verfügbar wie Membrantechnologien, Kristallisationsverfahren oder mechanische und infrarotbasierte Trocknungsverfahren.

Zur Ökologisierung von Produktionsprozessen gehören zudem Massnahmen zur Wiederverwendung von Reststoffen und der Verzicht auf besonders problematische Stoffe. Im Bereich Elektronik zeigt der Herstellervergleich von Greenpeace<sup>23</sup>, dass sehr ähnliche Produkte sich in ihrer Ökobilanz deutlich unterscheiden können.

Beim Endprodukt muss es vermehrt darum gehen, schon beim Design die Entsorgung mit zu berücksichtigen. Die Herstellung langlebiger und reparaturfreundlicher Produkte ist zu fördern. Das österreichische Normierungsinstitut hat ein Gütesiegel<sup>24</sup> für Haushaltgeräte und Heimelektronikartikel entwickelt, mit welchem Hersteller die Einhaltung bestimmter Kriterien belegen können. Geräte müssen zur Reparatur einfach geöffnet werden können, Ersatzteile müssen einfach erhältlich sein. Deklariertes Ziel ist eine Mindestlebensdauer von zehn Jahren.

## **LENKUNGSMASSNAHMEN**

---

- Es ist ein Investitionsprogramm für Energieeffizienz in Betrieben zu schaffen.
- Die Elektrizitätswerke und die kantonalen sowie städtischen Werke sollen Reduktionsziele für den Energieverbrauch festlegen und sich aktiv für die Nutzung von Abwärme von industriellen Werken einzusetzen.

---

<sup>22</sup> <http://www.druckluft.ch/effizient/projektinfo.php>

<sup>23</sup> *Greener Electronics - how the companies line up*, neuste Ausgabe März 2009

<sup>24</sup> ON-Regel zur Kennzeichnung langlebiger und reparaturfreundlicher Elektrogeräte

- Es ist ein Label für langlebige und reparaturfreundliche Produkte zu schaffen.
- Es soll ein Label für Produkte/Dienstleistungen mit hohem einheimischem Wertschöpfungsanteil eingeführt werden.

#### **VORGABEN**

---

- Es braucht verbindliche Mindestanforderungen für den Energieverbrauch elektrischer Motoren. Das Top-Runner-Prinzip ist einzuführen. Die Mindestanforderungen in Sachen Energieeffizienz werden so laufend überprüft und angehoben.
- Besonders problematische Stoffe wie bromierte Flammschutzmittel, PVC und die Schwermetalle Blei, Cadmium und Quecksilber<sup>25</sup> sind so weit als möglich zu verbieten.

### **5. Ökologischer Umbau des Detail-Handels**

Der Detailhandel als klassischer Intermediär zwischen Produzenten und Verbrauchern weist eine sehr hohe Verflechtung mit anderen Branchen der Schweizer Wirtschaft auf und hat somit grossen Einfluss auf das Warenangebot, die Stoffflüsse und das Verkehrsaufkommen. Der Handel kann über seine Angebotspalette steuern, inwieweit Firmen und Privaten ökologisch und sozial verträgliche Produkte zur Verfügung stehen.

Für die KonsumentInnen ist Transparenz wichtig. Zertifizierte Label und Deklarationsvorschriften sind diesbezüglich wichtige Instrumente. Lokal hergestellte Produkte müssen unbehindert von Importen, welche den eigenen ökologischen und sozialen Standards nicht entsprechen, einen gerechten kostendeckenden Preis erzielen können. Für importierte Güter müssen strenge Deklarations und Transparenzpflichten gelten. Weil das Cassis-de-Djion-Prinzip ökologische und soziale Standards unterminiert, ist es abzulehnen

Doch der Detailhandel kann nicht nur über das Warenangebot die Ökologisierung der Wirtschaft vorantreiben. Durch die Nähe von KonsumentInnen und ProduzentInnen kann er einen grossen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Wo immer möglich und sinnvoll, sollten Produktion und Konsum möglichst nahe beieinander liegen, um lange Transportdistanzen für beide

---

<sup>25</sup> Zusammen mit Norwegen hat die Schweiz die Entstehung einer internationalen Quecksilberkonvention erwirkt. Eine erste Vorbereitungskonferenz soll im Herbst 2009 stattfinden. BAFU Fokus, 2009.

Seiten zu vermeiden. Im überschaubaren Raum lassen sich Qualität, soziale Bedingungen und Umweltverträglichkeit der angebotenen Waren und Dienstleistungen aus eigener Anschauung beurteilen. ProduzentInnen und KonsumentInnen stehen in unmittelbarem Kontakt. Kaufentscheide werden weniger durch die Werbediktate bestimmt. Die Stärkung von regionalen und lokalen Wirtschaftskreisläufen und die Förderung der Direktvermarktung sind daher zentrale Anliegen.

Seit den siebziger Jahren verdrängen grosse Einkaufszentren zunehmend den kleinräumigen, spezialisierten Detailhandel. Dieser Trend wurde ermöglicht durch allzu lockere raumplanerische Bestimmungen, die eine Nutzung von Industriegebieten durch verkehrsintensive Betriebe zulassen und den fehlenden Willen, das resultierende Verkehrsaufkommen zu begrenzen. Im urbanen Raum ist es bestens möglich, ein grosses Publikumsaufkommen grösstenteils mit öffentlichem Verkehr zu bewältigen.

### **LENKUNGSMASSNAHMEN**

---

- Für Konsumgeräte ist das Top-Runner-Prinzip einzuführen. Die Mindestanforderungen in Sachen Energieeffizienz sind laufend zu überprüfen und anzuheben.
- Ein Label für langlebige und reparaturfreundliche Produkte ist zu schaffen und auch auf Importgüter anzuwenden.
- Die Deklarationspflicht für Herkunftsangaben ist auf alle Konsumgüter anzuwenden.
- Die Energieetikette ist auf allen Konsumgütern anzubringen. Sie soll transparent über die graue Energie für Herstellung und Transport eines Produktes Auskunft geben.
- Die Raum- und Richtplanung ist auf die Nähe von ProduzentInnen und KonsumentInnen auszurichten. Einkaufszentren und ähnliche Einrichtungen ausserhalb der Siedlungsgebiete dürfen nicht mehr bewilligt werden. Die Anbindung aller Einrichtungen mit grossem Verkehrsaufkommen an den ÖV muss obligatorisch sein. Parkplätze für Motorfahrzeuge müssen kostenpflichtig sein.
- Die Treibstoffzölle sind deutlich zu erhöhen, im Mindesten sollen die Preise das Niveau der Nachbarländer erreichen.
- Die Anreize zur Reduktion von Verpackung bzw. zu deren Recycling sind zu verstärken (vorgezogene Entsorgungsgebühren, Ausweitung der Rücknahmeverpflichtungen u/o der Pfandsysteme etc.)

## **VORGABEN**

---

- Es sind Importbeschränkungen für Konsumgüter zu erlassen, die die im Inland geltenden Produktions- und Produktstandards nicht erfüllen.
- Eine optimale Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr ist als Vorgabe für Baubewilligungen von publikumsorientierten Betrieben zwingend einzufordern.
- Der Handel ist zu verpflichten, Recycling durch geeignete Sammlungen zu fördern.

## **6. Ökologischer Umbau des Transportwesens**

Die Verkehrsbranche der Schweiz umfasst Landverkehr, die Binnenschifffahrt, die Luftfahrt sowie Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr. Zum Landverkehr zählen der Personen- und der Gütertransport. Ihm kommt sowohl in Bezug auf die Wertschöpfung als auch hinsichtlich der Erwerbstätigen die grösste Bedeutung zu.

Als Transitland in der Mitte des erweiterten Europa ist die Schweiz daher in besonderem Masse gefordert, das Verkehrsvolumen einzudämmen und den Verkehrssektor umweltfreundlich zu gestalten. Im Vordergrund stehen dabei Massnahmen zur Regionalisierung und Lokalisierung des Handels anstelle des Baus von Einkaufszentren auf der grünen Wiese. Die Förderung der Regionen und ihrer kleinen und mittleren Zentren und damit die Zusammenführung von Wohn- und Arbeitsort sind eine zusätzliche verkehrsvermindernde Massnahme. Die wirksamste Massnahme bleibt allerdings die Vermeidung unnötiger Fahrten. Lastwagen sind im Schnitt zu lediglich 50% ausgelastet. Beim Personenverkehr ist die Auslastung noch schlechter.

Der Transportsektor muss zudem massiv ökologisiert werden. Der Güter- und Personenverkehr auf der Strasse verursacht insgesamt 8.1 Milliarden Franken externe Kosten, vor allem im Gesundheitsbereich. Er verschlingt rund 25% des Gesamtenergieverbrauchs. Sowohl bei Nutzfahrzeugen als auch bei Personenwagen ist aber eine Steigerung der Energieeffizienz möglich. Für schwere Nutzfahrzeuge wird das Verbesserungspotential auf rund 15% geschätzt, bei Bussen auf 33% und bei leichten Nutzfahrzeugen auf 60%. Bei Personenwagen können die Reduktion des Gesamtgewichts, eine aerodynamischere Bauweise und eine Reduktion des Rei-

bungswiderstandes der Reifen den Treibstoffverbrauch um bis zu 70% senken<sup>26</sup>. Diese Potentiale werden nicht annähernd ausgeschöpft.

Die Verlagerung des Güter- und des Individualverkehrs auf die Schiene, sowie der Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und des Langsamverkehrs ist für den ökologischen Umbau des Verkehrswesens zentral. Die Verlagerung des Güterverkehrs und die Suche nach technischen Möglichkeiten, um die betriebliche Attraktivität von Bahngütertransporten zu steigern, würde den Standort Schweiz in diesem Wirtschaftssektor stärken. Besonders bei der Bahntransporttechnologie sind beträchtliche Innovationen möglich und nötig. In vielerlei Hinsicht setzt die Industrie auf Technik und Abläufe des 19. Jahrhunderts – Einzelwagen werden von Hand an- und abgekoppelt. Dies hindert die Bahn, Dienste anzubieten, welche die moderne Logistik verlangt. Das dichte Schienennetz würde bestens ermöglichen, Gütertransporte mit der Bahn auch auf kurzen Strecken attraktiv zu gestalten. Das grosse Potential des Heimmarktes bietet der heimischen Schienenfahrzeugindustrie beste Chancen, die benötigten Technologien zu entwickeln. Statt der direkten und indirekten Förderung des Flugverkehrs ist der internationale Eisenbahnverkehr auszubauen.

### **LENKUNGSMASSNAHMEN**

---

- Die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf alle Treibstoffe ist sofort mit vollem Kostensatz einzuführen. Kein Ausbau der Flughäfen. Die Steuerprivilegien für Kerosin gehören international abgeschafft.
- Die Treibstoffzölle sind deutlich zu erhöhen, im Mindesten sollen die Preise das Niveau der Nachbarländer erreichen. Mindestens die Hälfte der Zölle ist für die Finanzierung von Infrastruktur für den öffentlichen Verkehr einzusetzen.
- Für alle Fahrzeugkategorien sind Obergrenzen für den Schadstoffausstoss zu definieren und transparent an die KonsumentInnen zu kommunizieren. Die Grenzwerte sind sukzessive an den neusten Stand der Technik anzupassen. Fahrzeuge mit umweltfreundlichen Technologien sind steuerlich zu fördern. Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoss sind zu verbieten.
- Es ist eine national – und nach Möglichkeit international – koordinierte Alpentransitbörse für Gütertransporte einzurichten.

---

<sup>26</sup> *Steps towards a sustainable Development*, Novatlantis-Weissbuch, 2004



- Cargo-Shuttle-Züge (Pendelzüge) sind zu fördern. Diese innovative Technologie der Güter-Pendelzüge ermöglicht durch Horizontalverlad den Umschlag von Containern ohne Krananlagen. Cargo-Shuttle Züge sind sehr flexibel zu handhaben und entsprechen den Anforderungen moderner Logistik.
- Mit Hilfe einer Subventions- und Förderpolitik von Bund und Kantonen soll die Entwicklung von Klein- und Mittelstädten im ländlichen Raum gegenüber Gross-Agglomerationen und Metropolen gefördert werden.
- Steueranreize für autofreies Wohnen und für die Nähe von Wohn- und Arbeitsort sind zu schaffen. Steuerliche Abzüge für Pendelkosten dürfen nur noch die Kosten des öffentlichen Verkehrs umfassen.
- Ein konsequentes und flächendeckendes Parkplatzregime ist einzuführen.
- Road Pricing soll in den grossen urbanen Zentren eingeführt werden. Die zu leistenden Abgaben sollen in Abhängigkeit des Verbrauchs und der Gewichtsklasse der Fahrzeuge stehen<sup>27</sup>.
- Werden Belastungsgrenzwerte von Luftschadstoffen überschritten, sind temporäre Fahrkontingente oder -verbote zu einführen.

#### **VORGABEN**

---

- In der Nutzungsplanung von Gemeinden müssen Mindestvorgaben für die ÖV Erschliessung festgelegt werden. Dies gilt insbesondere auch für Gewerbe- und Industriezonen und für Grossmärkte „auf der grünen Wiese“.
- Die Alpeninitiative zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene ist endlich umzusetzen.
- Die LSVA ist auf Lieferwagen auszuweiten.
- Für Dieselfahrzeuge aller Art ist ein Partikelfilterobligatorium einzuführen.
- Auf die Förderung von Agrotreibstoffen ist zu verzichten (Reststoffe aus der Nahrungsmittelproduktion hingegen sollen als Energiequelle genutzt werden.)

#### **INFRASTRUKTURMASSNAHMEN**

---

- Die Engpässe des Bahnnetzes sind zu beseitigen, um die Verlagerung des Güter- und Personenverkehrs voranzutreiben.

---

<sup>27</sup>Die Einnahmen aus dem Road Pricing sind für den Ausbau des öffentlichen und des Langsamverkehrs sowie für den Unterhalt, nicht aber für den Ausbau der Strasseninfrastruktur zu verwenden.

## **FORSCHUNGSSCHWERPUNKTE**

---

- Im Güterverkehr sind neue Ansätze zu erproben, um auch den Transport von Kleinmengen mit der Bahn effizient werden zu lassen. Dazu ist ein Technopark für Innovation im Schienengüterverkehr einzurichten.
- Innovative Pilot- und Forschungsprojekte im Bereich des kombinierten Verkehrs und der Güterverteilung sind voranzutreiben.

## **7. Ökologischer Umbau der Finanzbranche**

Die Finanzbranche befindet sich global in einer tiefen strukturellen Krise, aus der sie nur durch massive staatliche Eingriffe herausfinden kann. Staatliches Engagement darf sich nicht auf die Rettung bedrohter Bankinstitute und die Wiederankurbelung des Inter-Banken-Handels beschränken. Von entscheidender Bedeutung ist die Sicherung der Kreditversorgung der Realwirtschaft.

Die Kreditvergabepraktiken der Finanzindustrie prägten bereits vor deren Zusammenbruch die gesamtwirtschaftliche Ausrichtung entscheidend mit. Die Internationale Energieagentur schätzte, dass im Jahr 2005 weltweit rund 245 Milliarden US-Dollar in die Erschliessung und Aufbereitung fossiler Rohstoffe investiert wurde, aber nur 35 Milliarden Dollar in erneuerbare Energien. In Energieeffizienzmassnahmen wurden gar nur 1.5 Milliarden Dollar investiert<sup>28</sup>. In der Schweiz haben die Konditionen, zu denen Kredite im Immobilien- und KMU-Bereich vergeben werden, eine entscheidende Bedeutung für den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft.

Ein ökologischer Umbau der Wirtschaft ist direkt und indirekt davon abhängig, ob den innovativen, handlungswilligen Firmen und Personen das notwendige Investitionskapital zur Verfügung gestellt wird.

Global gesehen ist eine ökologisch verantwortungsvolle und faire Weltwirtschaftsordnung nur dann möglich, wenn spekulative Ausbeutungsgewinne verhindert werden. Als einer der international bedeutendsten Finanzplätze hat die Schweiz die Chance, auch global wesentliche Impulse für eine Ökologisierung der Wirtschaft zu setzen. Die Schweiz könnte

---

<sup>28</sup>United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC), *Investment and Financial Flows to Address Climate Change*, Background Paper, Executive Summary (Bonn: October 2007), S. 42-43.

sich insbesondere für eine weltweite Steuer auf Devisengeschäfte (Tobin-Steuer) stark machen. Der Ertrag dieser Steuer könnte für die Bekämpfung des Klimawandels und des Welthungers verwendet werden. Mit der Exportrisikogarantie verfügt der schweizerische Staat ausserdem über ein Instrument, mit dem er die Beteiligungen schweizerischer Firmen an Grossprojekten im Ausland (z.B. Ilisu-Staudamm in der Türkei) beeinflussen kann. Die Kriterien für die Erteilung einer Exportrisikogarantie sind heute allerdings viel zu grosszügig und müssten deutlich verschärft werden.

Die Staaten der Welt haben bewiesen, dass eine energische Einflussnahme auf die Finanzindustrie nur eine Frage des politischen Willens ist. Bisher war es vor allem der Wille, ein fehlerhaftes System am Leben zu erhalten. An dessen Stelle gehört der Wille, den ökologischen Umbau zu realisieren. Inzwischen ist klar geworden, dass nur eine realwirtschaftlich ausgerichtete Finanzwirtschaft stabile, langfristige Erträge bringt.

### **LENKUNGSMASSNAHMEN**

---

- Der Zugang zu Krediten für Unternehmen, welche ökologische Innovationen realisieren wollen, ist durch Bundesbürgschaften oder andere geeignete Mittel zu fördern.
- Die sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien für die Erteilung einer Exportrisikogarantie sind deutlich zu verschärfen.

### **VORGABEN**

---

- Banken, Pensionskassen (BVG) und Versicherungen, an denen der Staat beteiligt ist oder für die er Garantien ausgesprochen hat, müssen sich bei Kreditvergaben an die UN-Richtlinien für verantwortungsvolle Investitionen (Principles for Responsible Investment, PRI) halten.
- Die Geschäftsbanken haben gegenüber der Aufsichtsbehörde ein System von Negativ- und Positivkriterien für die Kreditvergabe auszuarbeiten und über die ökologischen und sozialen Auswirkungen ihrer Kreditpolitik Rechenschaft abzulegen.
- Regulatorische Massnahmen sollen verhindern, dass in der Schweiz ansässige Banken oder andere FinanzdienstleisterInnen sowie Pensionskassen sich an Umweltzerstörungen oder der Verletzung der Rechte der ArbeiterInnen ausserhalb der Schweiz bereichern. Die Aufsichtsbehörde soll dazu in Zusammenarbeit mit spezialisierten nichtstaatlichen Organisationen praktische Richtlinien erarbeiten.
- Mit einer Verschärfung der Eigenkapitalvorschriften und einer Finanzumsatzsteuer für spekulative Geschäfte, bei denen sehr schnell ge-

kauft und verkauft wird und so hohe Umsätze entstehen, soll die Stabilität der Finanzindustrie erhöht werden.

- Der Bund erlässt Vorschriften für eine nachhaltige Anlagepolitik von Pensionskassen. Pensionskassen sollen offenlegen wieviel Treibhausgasemissionen pro investierten Franken ihre Anlagestrategie verursachen.
- Auf grenzüberschreitende Geldtransfers ist weltweit eine einheitliche Steuer zu erheben (sogenannte Tobin-Steuer).

## **8. Umbau der Tourismusbranche**

Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in der Schweiz, insbesondere im Alpenraum. Doch während die Branche weltweit starke Zuwächse aufweist, entwickelte sich der Tourismus in der Schweiz unterdurchschnittlich. Aufgrund des internationalen Standortwettbewerbes werden aber dennoch immer wieder neue Gebiete für den Tourismus erschlossen, und bestehende Regionen rüsten ihre Infrastruktur auf. Besonders stark ist dieses Wettrüsten in den Wintersportorten zu beobachten. Der unkontrollierte Ausbau der Skiarenen führt zu Kostensteigerungen und unverantwortlichen Eingriffen in Naturräume.

Natur und Landschaft gelten als die wichtigste Grundlage des Tourismus in der Schweiz. Doch viele Fremdenverkehrsorte und Freizeitaktivitäten nehmen zu wenig Rücksicht auf die Anliegen des Natur- und Landschaftsschutzes, das gilt auch für die Gewässer, insbesondere die Seen. Es braucht daher Massnahmen zum Schutz empfindlicher Regionen und eine übergeordnete Koordination der Planung. Die Schweiz muss beim inländischen Tourismus auf qualitatives Wachstum setzen. Ein naturnaher und sanfter Tourismus unter dem Motto „klein aber fein“ sollte für die Schweiz im Vordergrund stehen.

Für vier von fünf Schweizer Reisenden spielt Naturnähe bei der Wahl des Reiseziels eine zunehmend wichtige Rolle, das zeigt eine Studie der Universität St. Gallen. Viele Reiseanbieter und Tourismusvereine haben die Zeichen der Zeit erkannt und setzen intensiv auf die Umweltkarte. Das wirtschaftliche Potenzial dieses Ökotourismus ist enorm. Erfreulicherweise gibt es immer mehr Tourismusorte und Freizeitangebote, die mit Natur und Landschaft respektvoll umgehen. Sie setzen auf Langsamkeit und Qualität, nutzen die öffentlichen Verkehrsmittel und bringen saisonale und regionale Produkte auf den Tisch. Ein Beispiel dafür sind die regionalen

Naturparks oder die Biosphärenreservate. Diese sind durch Bund und Kantone konsequent zu fördern.

Nebst dem Schutz von Natur und Landschaft braucht es für einen glaubwürdigen Ökotourismus weitere Umweltschutz-Massnahmen. Gerade bezüglich Klimawandel ist der Tourismus Schädiger und Geschädigter. Schädiger, weil der Tourismus durch die steigende Mobilität heute etwa 5% der schädlichen Emissionen mit verursacht; die Luftfahrt ist dabei Sorgenkind Nummer eins. Der Tourismus ist Geschädigter, weil Berggebiete durch das Schrumpfen der Gletscher und das Tauen der Permafrostböden besonders beeinträchtigt werden. Der Tourismus hat Möglichkeiten, seinen Anteil an der Klimabelastung zu reduzieren, insbesondere bei Anreise und Mobilität vor Ort. Aber auch in der Gastronomie und bei der Infrastruktur lässt sich auf Klimaschutz setzen: Autofreie Ferienorte und Ökohotels weisen den Weg in die Tourismuszukunft der Schweiz.

### **LENKUNGSMASSNAHMEN**

---

- Die Protokolle der Alpenkonvention sind unverzüglich zu ratifizieren.
- Es braucht eine koordinierte Planung des Tourismus in der Schweiz im Sinne eines Sachplans durch den Bund. Von zentraler Bedeutung ist dabei der Alpenbogen.
- Die Tourismusförderpolitik der Schweiz ist auf Nachhaltigkeit auszurichten. Eine entsprechende Bundespolitik ist zu erarbeiten und umzusetzen. Gäste aus ganz Europa müssen die Schweiz möglichst zeitsparend, unkompliziert und preisgünstig mit der Bahn erreichen können. An den Treffen mit den europäischen VerkehrsministerInnen und an den internationalen Fahrplankonferenzen muss die Schweiz viel nachdrücklicher als heute auf die Verbesserung des internationalen Bahnreiseverkehrs hinwirken.
- Umweltschädigende Projekte wie Schneekanonen und touristische Erschliessungen im Hochgebirge dürfen keine finanzielle Unterstützung von Bund und Kantonen erhalten. Genauso ist auf die Förderung von Anlagen in zu wenig schneesicheren oder zu kleinen Skigebieten zu verzichten.
- Ökologische Mindeststandards für Seilbahnanlagen und andere touristische Infrastrukturen sind zu definieren und durchzusetzen. Im Rahmen der Konzessionserteilung ist die Sicherung eines landschaftschonenden Baues und Betriebes von touristischen Transportanlagen festzulegen, insbesondere 100% Strom aus erneuerbaren Energien.

- Ein einheitliches Gütesiegel für naturnahe Tourismusgebiete und Gastronomie (Goût Mieux, Steinbocklabel) ist zu lancieren und bekannt zu machen.
- Der Flugverkehr ist so zu besteuern, dass er seine externen Kosten trägt und die Klimaschutzziele einhält.
- Biosphärenreservate und Naturparks sind von Bund und Kantonen finanziell zu fördern.

## **VORGABEN**

---

- Im Rahmen von Neukonzessionierungen für Bergbahnen soll die Rückbaupflicht bei Kompensationsstillegungen verbindlich festgelegt werden.
- Besonders schädliche Nutzungen wie Heliskiing sind zu verbieten.
- Die Parahotellerie, die ökonomisch nicht sinnvoll ist und zu einer Zersiedelung der Tourismusgebiete führt, ist zu begrenzen. Bis bessere Instrumente vorliegen, ist die Lex Koller beizubehalten.

## V. AUSBLICK

---

Der ökologische Umbau der Wirtschaft ist angesichts der Klimakrise dringlich. Zu ein nachhaltigen Wirtschaft gehört allerdings mehr. Bereits in der Wahlplattform 2007<sup>29</sup> haben die Grünen Schweiz festgehalten, dass zu einer nachhaltigen Wirtschaft auch eine gerechte Steuerpolitik, eine gerechte Verteilung des Reichtums sowie arbeitsmarktpolitische Massnahmen gehören. Angesichts der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise wird zudem deutlich, wie aktuell die Postulate sind, die die Grünen seit jeher vertreten: Demokratisierung der Wirtschaft und – insbesondere angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit – die Förderung von neuen Arbeits(zeit-)modellen. Die Grünen werden ihre Werte weiterhin vertreten. Sie werden wenn immer nötig Stellung beziehen für eine Wirtschaft, die weltweit ihre Verantwortung wahrnimmt, bezüglich der Umwelt, des Sozialen, der Arbeit und der Solidarität. Auf diese Weise wollen die Grünen beitragen, ihre Zukunftsvision umzusetzen. Die Arbeit an Reformvorschlägen für eine nachhaltige Wirtschaft ist mit diesem Positionspapier nicht beendet, sondern erst eröffnet.

Solothurn, 13. Juni 2009, Delegierte der Grünen Schweiz

---

<sup>29</sup>Wahlplattform der Grünen Schweiz, 2007